

Stellungnahme der CDU Dudenhofen

Dudenhofen, den 16.04.2025

Forderung nach einem Gesamtkonzept für die Kinderbetreuung in Dudenhofen

Die CDU Dudenhofen fordert bereits seit Monaten ein schlüssiges Gesamtkonzept für alle offenen Kernthemen im Ort. Neben dem gemeindeeigenen Grundstück „In den Dreißig Morgen“ zählt dazu auch das abrissbedürftige Pfarrheim, die Zukunft der Kita St. Kunigunde und der Kita Sandhase sowie die Umsetzung des Kita Gesetzes in der Kita Naseweis sowie die Weiterentwicklung der betreuenden Grundschule und die Optimierung der Ganztagschule, primär durch das Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG). Die CDU Dudenhofen hat hierzu im November 2024 ein umfangreiches Gesamtkonzept für Dudenhofen mit dem Titel „Dudenhofen 2030“ veröffentlicht. Dieses Konzept wurde von der Ortsspitze lediglich zur Kenntnis genommen. Eine inhaltliche Diskussion über die Ideen und Vorschläge fand bis zum heutigen Tag nicht statt.

Die CDU Dudenhofen steht zur Institution des Hortes

Die CDU Dudenhofen steht schon immer für die Institution des Hortes. Das Betreuungskonzept und die pädagogische Arbeit durch die Fachkräfte im Hort verdienen Lob und Anerkennung. Unsere Kritik richtet sich ausschließlich an die Bauplanung und das Unvermögen der Ortsspitze neue gesetzliche Anforderungen zu analysieren und auf Dudenhofen zu transferieren. Wir haben das Gefühl, dass die Auswirkungen des GaFöG-Gesetzes überhaupt nicht gesehen werden bzw. nicht gesehen werden wollen. Alle Experten sind sich einig, dass durch die erheblichen Verbesserungen der Ganztagschule durch GaFöG der Hortbedarf sinken und der Ganztagsschulbedarf steigen wird. Uns liegen von mehreren Gewerken unmittelbare Informationen vor, dass die Verwaltung und insbesondere Ortsbürgermeister Jürgen Hook die Planungen des Hortneubaus aktuell massiv forcieren, da man Ängste hat, dass durch das GaFöG-Gesetz der Hortbedarf sinkt und der Hortneubau durch Streichung von Fördermitteln obsolet werden könnte. Dies wird den möglichen ausführenden Handwerksbetrieben gegenüber auch unmissverständlich mitgeteilt. Gemäß unseren Informationen erfolgt dieser Druckaufbau ausschließlich mündlich, was natürlich bewusst derart entschieden wurde. Dieses Verhalten werten wir als vorsätzliche Verschwendung von Steuermitteln, wenn man mit diesem Bewusstsein einen Hortneubau durchdrücken will, obwohl sich die Gesetzeslage erheblich verändert hat. Eine Vielzahl von Kommunen in der Region haben die Gesetzesänderungen aktuell neu bewertet und planen entsprechend um. Dies erfolgt mehrheitlich mit überwältigender Mehrheit in

den Räten über Parteigrenzen hinweg. In Dudenhofen ist man dazu nicht bereit und man will stur an allem festhalten, was man vor Jahren mit anderer Gesetzeslage im Rat, auch mit Zustimmung der CDU, entschieden hat. Weitblick sieht unserer Meinung anders aus.

Wir von der CDU Dudenhofen schlagen dringend einen ganzheitlichen Blick auf die Betreuungssituation in Dudenhofen vor und wir wollen über ein Gesamtkonzept abstimmen, in diesem alle Investitions- aber auch Betriebskosten transparent dem Rat im Vorfeld dargestellt werden. Hierbei sind wir durchaus für Kompromisslösungen zu haben. Die Idee einer Frischküche ist sicherlich objektiv begrüßenswert und klingt ernährungstechnisch sinnvoll. Aufgrund des absehbar stark wachsenden Mensabedarfs durch die betreuende Grundschule und der Ganztagschule sehen wir allerdings einen hohen logistischen Aufwand für eine Frischküche um rund 200 Mittagessen in einer kurzen Zeit von maximal einer Stunde für die Kinder bereitzustellen. Allerdings lassen wir uns von einem realistischen Konzept für die schwierige Personalsituation, Logistikaufwand und Betriebskosten auch gerne überzeugen. Auf die berechtigte Frage in der letzten Ratssitzung, ob bereits eine Betriebskostenplanung für die Frischküche vorliegt, musste die Ortsspitze einräumen, dass bisher keine Kostenberechnung existiert. Dies machte nicht nur die Opposition fassungslos, sondern auch die Reaktion der vielen Bürgerinnen und Bürger im Ratssaal sprachen Bände.

Standort auf dem Gelände der Grundschule besser geeignet

Der geplante 2-stöckige Standort für den Hort mit Keller und Mensa im Außenbereich der Kita Naseweis ist aufgrund des Mehrbedarfs und der logistischen Hürden zwingend zu überdenken. Die Anlieferung der Lebensmittel soll über den Außenbereich der Kita Naseweis neben spielenden Kleinkindern stattfinden. Dies muss man sich bei der Menge an logistischen Abläufen doch bildlich vor Augen führen und muss zum Ergebnis kommen, dass dies nicht sinnvoll ist. Der Bereich der Grundschule an der Iggelheimer Straße direkt am Radweg zwischen Ortsmitte und Ganerbhalle eignet sich für die Mensa deutlich besser. Die Logistik kann direkt über den Parkplatz erfolgen, ohne den Schulbetrieb zu stören. Generell ist die Fläche an der Iggelheimer Straße neben dem Mensabedarf auch für den Bedarf der betreuenden Grundschule und der Ganztagschule gemäß GaFöG deutlich im Vorteil. Dort besteht mehr Platz und man kann ohne teuren Keller bauen. Die Ankopplung an die Grundschule ist ideal gegeben.

Pläne hierzu liegen in der Schublade, da dieser Standort vor Jahren bereits umfangreich geplant wurde. Positiver Nebeneffekt wäre die Vergrößerung des Schulhofes, da der sanierungsbedürftige Trakt mit der alten Hausmeisterwohnung abgerissen werden und die Container des Hortes im Schulhof abgebaut werden könnten. Auch die Container der betreuenden Grundschule im Bereich der Iggelheimer Straße könnten im Zuge eines Neubaus abgebaut und die betreuende Grundschule im Neubau vollwertig integriert werden. Die Herausforderungen von unterschiedlichen Trägerschaften, unterschiedlichen Raumvorgaben und getrennten Vorgaben für die pädagogischen Konzepte von Kita, Hort, betreuende Grundschule und Ganztagschule lassen sich mit einem Bau mit Modulbauweise intelligent lösen. Auch hier gibt es etliche Beispiele aus der Region, die den Weitblick und den Mut für eine ganzheitliche Umplanung zum Wohle der dortigen Kinder aufzeigen.

Bedarf für Betreuungssituation neu bewerten

Laut Information der Verbandsbürgermeisterin Silke Schmitt-Makdice führt der Rhein-Pfalz-Kreis zeitnah eine qualifizierte Elternbefragung durch. Diese Befragung gibt Aufschluss über den aktuellen Betreuungsbedarf und sollte abgewartet werden, bevor weitere Planungsschritte in Sachen Hortneubau gegangen werden. Durch die Befragung wird auch der zukünftige Hortbedarf besser erkennbar. Sofern der Hortbedarf weiter gegeben ist, lässt sich dieser in das Neubaukonzept an der Iggelheimer Straße durch die Modulbauweise integrieren oder wir würden alternativ einen Kompromissvorschlag mitgehen, dass an die Kita Naseweis die zur damaligen Erstbauzeit schon vorgesehene einstöckige Gruppenerweiterung, ohne Keller in Richtung Stadion, ausgeführt wird. Dadurch wird der intakte und stimmige Außenbereich der Kita Naseweis nur marginal beeinträchtigt und die Anforderungen des Kita-Gesetzes sowie der Hortbedarf können abgedeckt werden. Ein möglicherweise darüber hinausgehender Hortbedarf lässt sich mit dem Neubau an der Iggelheimer Straße realisieren. Ein positiver Nebeneffekt einer solchen reduzierten Planung am Standort Kita Naseweis wäre die stimmige Optik zu den bisherigen Bauten. Die damalige Erweiterungsplanung bettet sich identisch zu den bisherigen Gruppenräumen in Form und Größe ein. Der Spielbereich unter dem großen Baum sowie die Naturbühne könnten weitgehend erhalten werden.

Die von der Ortsspitze und Verwaltung in der Ratssitzung spontan vorgebrachten Einwände gegen eine neue Planung, wirkten ungeprüft in den Raum gestellt. Die Kostenreduzierung der Frischküche wurden wage mit 1 Million Euro beziffert. Gleiches gilt für die mögliche zeitliche Verzögerung, die lapidar auf mindestens 2 Jahre eingeordnet wurde. Ohne Gespräche mit den Genehmigungsbehörden wurden hier einfach Bauchgefühle geäußert, die einer professionellen und sachlichen Bewertung entgegenstehen. Eine effiziente und faktenbasierte Ratsarbeit sieht anders aus. Es ist überhaupt kein Problem solche Themen in Ruhe zu prüfen und dann gesichert in die Kommunikation zu gehen. Immerhin sprechen wir über ein Millionenprojekt, was aus unserer Sicht droht ein Millionengrab zu werden, da ein teurer Hort mit sinkendem Bedarf gebaut werden soll ohne den gesamten Betreuungsbedarf in eine intelligente Strategie einzufügen. An dieser Stelle muss auch nochmal erwähnt werden, dass die kommunalen Verpflichtungen im Bereich der Grundschule eine Pflichtaufgabe darstellen. Der Hort ist eine freiwillige Aufgabe und sollte daher in der Priorität korrekt eingeordnet werden. Pflicht vor Freiwilligkeit. Es bleibt aber dabei, dass wir gerne alle Betreuungsarten in Dudenhofen erhalten und fördern wollen.

Horrende Kosten des Hortneubaus von rund 4,5 Millionen Euro

Alleine die hohen Kosten für den Hortneubau von aktuell 4,5 Millionen Euro mit steigender Tendenz und der fehlenden Planung im Bereich der Ganztagschule im Rahmen vom GaFöG-Gesetz sollten eine Umplanung für jedes Ratsmitglied sinnvoll und vernünftig erscheinen lassen. Wir gehen durch den wachsenden Bedarf in der Grundschule und der Mensa von einem weiteren Neubau aus, der vergleichbar mit den Kosten des Hortneubaus sein wird. Am Ende sprechen wir somit über knapp 10 Millionen Euro, da man nicht bereit ist ein stimmiges Gesamtkonzept in Verbindung mit der neuen Gesetzgebung gemeinsam mit der Opposition zu erarbeiten. Auch wenn die Fraktionsvorsitzende der SPD die gesamte Opposition öffentlich jüngst als „Idioten“ bezeichnet hat, sollte man persönliche Befindlichkeiten hinten anstellen und als Regierung die personelle Kompetenzsituation der Opposition nutzen. In der Opposition sitzen unter anderem Personen aus den Bereichen Bau-, Finanz-

, Energiewirtschaft sowie dem Bildungssektor. Weiterhin sind einige Selbstständige dabei, die sich bei Betriebskostenplanungen auskennen. In Dudenhofen sollte eigentlich die gesamte Expertise im Rat genutzt werden. Wir sind in der Ortpolitik weder mit der politischen Arbeit in Berlin, Mainz noch Brüssel oder Straßburg vergleichbar. Auch wenn die Ortsregierung öffentlich stets etwas anderes behauptet. Vorschläge und Ideen der Opposition zu relevanten Kernthemen werden prinzipiell und kategorisch abgelehnt und das seit mittlerweile 6 Jahren.

Die CDU Dudenhofen sagt volle Unterstützung bei Umplanung zu

In der letzten Ratssitzung haben wir unsere volle Unterstützung zugesagt, wenn man auf uns zukommt. Dieses Gespräch haben wir aufgrund der Erfahrungen der letzten 6 Jahre und insbesondere aufgrund unserer Informationen des Druckaufbaus bei unterschiedlichen Gewerken zeitnah gefordert. Sofern man erneut ohne Berücksichtigung der Gesetzgebung Fakten schaffen will, werden wir eine Überprüfung bei der Kommunalaufsicht, Rechnungshof und ADD anstrengen. Diese Art von „Ultimatum“ führte beim Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Felix Goldinger, zu einer theatralischen Aufregung. Der Ortsbeigeordnete Frank Heider von der SPD empfand den legitimen Weg der Opposition über die Aufsichtsbehörden zu gehen sogar als undemokratisch und reagierte angefasst. Aktuell sollten Mitglieder der Grünen sich mit Ultimaten eigentlich auskennen, wie jüngst durch deren Bundespartei in Richtung Julia Klöckner fabriziert. Die Reaktion von Herrn Goldinger und Herrn Heider machen aber auch deutlich, dass man eine mangelnde Selbstreflektion besitzt. Durch das Verhalten der letzten Jahre gegenüber der Opposition und das konsequente Abkanzeln von anderen Ideen und anderen Meinungen, sollte man über die bereits vor Wochen angekündigte Verhaltensänderung der CDU Dudenhofen nicht überrascht sein. Der öffentlich proklamierte neue Stil der Zusammenarbeit ist in der neuen Ratsperiode bisher zu keinem Zeitpunkt gelebt worden. Wir würden es daher sehr begrüßen, wenn man bei diesen wichtigen Themen im Sinne unseres Heimatdorfes Dudenhofen über ein sinnvolles Gesamtkonzept endlich mit uns spricht. Dies würde aus unserer Sicht auch zur Normalisierung des Verhältnisses zwischen Ortsspitze und Opposition führen. Unsere Zusage für eine gemeinsame und vernünftige Umplanung, um ein sinnvolles Gesamtkonzept der Betreuungssituation in Dudenhofen zu erhalten, steht.

Großes Lob an die Arbeit der Elternvertretungen

Von Seiten der Elternvertretungen wurden uns umfangreiche Ausarbeitungen zur Betreuungssituation zugeschickt. Die Ausarbeitungen zeigen mit welcher Detailarbeit und guten Ideen die Elternschaft im Betreuungsbereich unterwegs ist. Begeistert sind wir auch vom Weitblick und der klaren Erkenntnis einer notwendigen Gesamtlösung, die keine Betreuungsform auslöst. Vor diesen sachlichen und unaufgeregten Ausarbeitungen ziehen wir den Hut und laden die Elternschaft herzlich zur Mitarbeit bei uns ein. Neben den guten Ideen ist auch klar erkennbar, dass hier Sachverstand im Bereich Zuständigkeiten, Gesetzgebung und Betreuungskonzepte besteht. Hier sollten sich SPD und Grüne dringend eine Scheibe abschneiden und sich diese Konzepte in Ruhe durchlesen. Bei der Elternschaft hat man z.B. das GaFöG-Gesetz und die möglichen Auswirkungen auf unseren Ort verstanden. Kurz vor der Ratssitzung haben Elternvertreter eine Online-Petition gestartet, die neben der Verlängerung der Betreuungszeiten in der betreuenden Grundschule auch ein Mittagessen fordert. Die CDU Dudenhofen unterstützt diese Petition ausdrücklich. In wenigen

Tagen haben knapp 250 Bürgerinnen und Bürger unterschrieben. Es zeigt, dass die Ortspolitik den Bedarf der Eltern aktuell nicht richtig erkennt und nicht adäquat umsetzt. Wir unterstützen ausdrücklich den Elternwunsch das Angebot für das Mittagessen in der betreuenden Grundschule auszuweiten. Auch dies macht deutlich, dass der Mensabedarf ansteigt und primär im Bereich der betreuenden Grundschule sowie Ganztagschule und nicht im Hortbereich entstehen wird.